



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales, Integration,
Wohnen, Kinder, Familie -

Tagesordnung I Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 25. Januar 2023

Vorlagen-Nr. 23-F-63-0006

Gewalt gegen ältere Menschen in stationärer und teilstationärer Pflege - Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 18.01.2023 -

Gewalt gegen alte und pflegebedürftige Menschen zählt nach wie vor zu den Tabuthemen in unserer Gesellschaft. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) versteht unter Gewalt in der Pflege gegenüber älteren Menschen eine einmalige oder wiederholte Handlung oder das Unterlassen einer angemessenen Reaktion, wodurch einer älteren Person Schaden und/oder Leid zugefügt wird.

Fehlende Sensibilisierung, aber auch Überlastung beim Pflegepersonal kann zu übergriffigem oder gewalttätigem Handeln führen. Die Dunkelziffer ist laut wissenschaftlichen Untersuchungen höher als die Zahl der Vorfälle, die zur Anzeige gebracht werden. Die Betroffenen und ihre Angehörigen sind in solchen Fällen oft überfordert und benötigen professionelle Unterstützung. Ebenso wichtig ist, Fachkräfte in den Einrichtungen präventiv zu unterstützen, damit es nicht zu solchen Vorfällen kommt und damit sie, falls sie in ihrer Einrichtung Vorfälle bemerken, Hilfe erhalten.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen,

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

der Magistrat wird gebeten,

- 1) ob ihm in Wiesbaden Fälle von Gewalt gegen ältere Menschen in der stationären und teilstationären Pflege bekannt sind, und wenn ja, wie diese dokumentiert werden (wir bitten um eine anonymisierte Aufstellung der bekannten oder gemeldeten Fällen für die Jahre 2018 bis 2021);
- 2) welche Konsequenzen aus den gemeldeten Fällen für die Einrichtungen gezogen wurden;
- 3) ob Konzepte und/oder Maßnahmen zur Gewaltprävention in dem Bereich existieren;
- 4) welche Aus- und Fortbildungsangebote für in Wiesbaden tätige Pflegekräfte zu diesem Thema angeboten werden;
- 5) welche speziellen Beratungsangebote es für Angehörige in Wiesbaden zu dem Thema gibt.

Beschluss Nr. 0005

Der Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 18.01.2023 wird angenommen.

Tagesordnung II

Wiesbaden, .01.2023

Ingo von Seemen
Stellv. Vorsitzender